

**Aller Anfang ist schwer –  
Kritische Analyse des Ersten Engagementberichts**

### **1. Einführung**

Was mir bei den ersten Worten meiner Stellungnahme zu der fast 600 Seiten starken Bundestags-Drucksache (Drs. 17/10580, auf diese beziehen sich im Folgenden auch meine Seitenangaben) mit dem Namen „Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung“ in den Kopf schoss, gilt für den gesamten Bericht: „Aller Anfang ist schwer“.

Für mich ist es zunächst wichtig hervorzuheben, dass hinter diesem Bericht eine Menge Zeit- und Arbeitsaufwand stecken und daher den Autoren für dieses Mammutwerk Dank gebührt. Ich bin mir sicher, dass sie sich für die Entstehung des Ersten Engagementberichts sehr engagiert haben. Schon jetzt hat er eines erreicht: Es wird über Engagementpolitik und speziell über das Engagement von Unternehmen diskutiert. Bürgerschaftliches Engagement ist wieder mal ein wenig auf der politischen Agenda gelandet. Dies sollte öfter und massiver passieren.

Im Ersten Engagementbericht gibt es neben – bei derlei Projekten wohl typischen – Geburtsfehlern leider auch Anlass zu grundlegender Kritik. Meine zentralen Kritikpunkte möchte ich in dieser Stellungnahme kurz skizzieren.

### **2. Umfang**

Es wurde in den vergangenen Wochen schon einiges zum Umfang des Berichts gesagt und geschrieben. Für mich ist schwer zu beurteilen, ob vielleicht der Berichtsauftrag zu ungenau war und deswegen der Bericht ausuferte, wie auch, ob sich über Definitionen und Begrifflichkeiten sowie über den Leitrahmen der Forschung zu wenig konkret vorab abgestimmt wurde. Der Umfang erschreckt in der Tat die potenziell Lesebereiten – und schreckt damit ab. So viel Engagement, sich durch alle Seiten zu wühlen, kann man kaum erwarten. Es besteht die Gefahr, dass der Bericht schnell als „wissenschaftlicher Backstein“ abgetan wird. Gleichsam ist fraglich, in welcher Form er von Interessierten konsumiert werden soll. Wer druckt privat einen so umfangreichen Bericht aus? Liest man ihn stattdessen tagelang am Rechner?

Es gibt daneben ja noch eine Kurzfassung. Doch diese ist mit knapp 40 Seiten auch recht lang geraten. Sie sollte meiner Meinung nach noch konzentrierter und zugespitzter sein.

Beide Versionen kranken grundsätzlich an einer eingeschränkten Lesbarkeit. Die Formulierungen wirken oft hölzern. Die oder der Lesewillige wird schlussendlich kaum motiviert und gefesselt. Es fehlt klar an Prägnanz. Ganz über das Ziel schießt man aber hinaus, wenn zum Beispiel auf Seite 207 vom „homo reciprocans“ und auf Seite 351 von „Cause Related Marketing“ zu lesen ist.

### **3. Adressaten**

Es wurde somit die Chance vertan, diesen Bericht nicht nur über, sondern *für* die engagierten Menschen in unserem Land zu erstellen. Für diese wäre ein gut lesbarer, einladender Bericht mit Hintergrundinformationen, Zahlen, aber auch einer spannend aufbereiteten Schwerpunktsetzung, neuen Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen wichtig gewesen. Gewiss ist der Spagat zwischen wissenschaftlicher Seriosität bzw.

Nüchternheit und der Motivationsstiftung zum Lesen bzw. leichter „Verdaulichkeit“ ungeheuer schwierig zu bewältigen. Aber er könnte besser gelingen. Denn theoretisch ist doch der Bericht nicht nur für den wissenschaftlichen Elfenbeinturm und einige interessierte Abgeordnete in Unterausschüssen bestimmt. Wir dürfen einfach nicht vergessen, die Engagierten selbst zu erreichen und einzuladen. Es sollte im Idealfall eine breite Öffentlichkeit angesprochen werden, so breit wie die engagierte Öffentlichkeit real aufgestellt ist.

Dass Adressatinnen und Adressaten fernab von Wissenschaft und Politik – wobei sich von vornherein wegen der Aufgabenfülle und internen Arbeitsteilung nicht viele Abgeordnete mit dem Bericht vertiefend auseinandersetzen werden und können – nicht erreicht werden, kann kaum im Sinne der Bundesregierung sein. Denn damit erfüllt der Bericht noch nicht einmal Marketingzwecke für Schwarz-gelb.

Zugespißt ausgedrückt haben wir einen „Bericht ohne Adressaten“. Oder vorsichtiger: einen Bericht ohne Definition des oder der Adressaten, ohne Fokussierung und Rücksichtnahme auf die Adressaten und deren Interessen.

#### **4. Funktion**

Ist der Erste Engagementbericht deshalb funktionslos? Um die Antwort vorwegzunehmen: zumindest partiell. Denn meines Erachtens reicht nicht aus, die Funktionsbenennungen reichlich oberflächlich auf „Bestandsaufnahme“, „(Handlungs)-Empfehlungen“ oder „Konzentration auf einen Schwerpunkt“ zu beschränken. Es ist der Engagementbericht der Bundesregierung, per Auftrag des Bundestages. Verständlich, dass eine Sachverständigen-Kommission ihr dabei unter die Arme greifen soll.

Doch irgendwie schimmert stets ein „Sicherheitsabstand“ zwischen den Verfassern des Berichts samt ihren Ergebnissen und der Bundesregierung durch. Dies wird daran überdeutlich, dass die Bundesregierung zu ihrem „eigenen“ Bericht Stellung nimmt. Ganz so, als ob sie als Außenstehende nichts direkt damit zu tun hat und mal eben einen Kommentar abgibt. Vielleicht ist der Sicherheitsabstand aber so gewollt.

Er stärkt jedenfalls nicht gerade den Engagementbericht und seine Handlungsempfehlungen. Denn es weiß eben niemand exakt, wie sehr sich die Bundesregierung mit dem Bericht identifiziert. Wie auch auf vielen anderen Politikfeldern bleibt die Bundesregierung nebulös und vertritt keine klaren Standpunkte. Ich denke, sie ist sich selbst nicht ganz klar über Status und Funktion des Engagementberichts.

Vielleicht kann ja der Inhalt ein wenig über die bisherigen Probleme hinweghelfen.

#### **5. Inhalt des Berichts**

##### **a. Allgemeiner Teil**

Der allgemeine Teil des Berichts ist sehr sachlich und sozialwissenschaftlich formuliert. Es hätte darin stärker herausgearbeitet werden können, wie untererforscht einige Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements im Grunde noch sind. In wieder anderen Bereichen hat sich eher nur quantitativ einiges getan.

Interessant, aber nicht völlig überraschend, ist, dass sich Engagement – dessen Hauptschauplatz nach wie vor die Zivilgesellschaft mit ihren klassischen Strukturen ist – etwas stärker hin zu kleineren Organisationen und informelleren Organisationsformen, hin zur nicht organisierten Zivilgesellschaft verschiebt (vgl. S. 152). An dieser Stelle fehlt im Bericht die kritische Hinterfragung, ob die Bundesregierung bei Kontakten in die Zivilgesellschaft diesem Wandel zumindest etwas Folge leistet und damit weniger Kontakt zu den traditionellen Strukturen suchen sollte. Ganz schwach ist im allgemeinen Teil zudem, dass den Engagierten und ihren Verbesserungswünschen gerade einmal eine gute Seite gewidmet wird (vgl. S. 93 f.).

Insgesamt gelingt den Verfassern aber ein guter, recht ausführlicher Überblick über die Engagementlandschaft in Deutschland.

## **b. Besonderer Teil**

### **aa. Ein verräterischer Untertitel?**

Im besonderen Teil des geht es daraufhin um „Unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft“, was man zusammen mit dem Untertitel des Ersten Engagementsberichts, „Für eine Kultur der Mitverantwortung“, betrachten muss.

Bei Betrachtung des Untertitels kommt man einer Intention des besonderen Teils schon auf die Schliche: Unternehmen wird eine hervorgehobene Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft zugewiesen. Nicht den Menschen, nicht der Zivilgesellschaft. Wenn es stimmt, dass Engagement von Unternehmen im „eigenen“ Markt, abgesehen von z.B. Sozialunternehmen, fast gar nicht stattfindet, laut besonderem Teil Unternehmen aber eine besondere Mitverantwortung tragen sollen, fragt man sich, welche Art Mitverantwortung und auf welcher konkreten Ebene diese getragen werden soll.

Denn klare Forderungen an Unternehmen werden in dem Bericht nicht gestellt! Unternehmen darf man scheinbar nicht „überfordern“ (vgl. S. 414). Was bleibt, ist der fade Beigeschmack, dass Unternehmen als Erfüllungsgehilfen der Regierung und Verantwortungsträger auch jenseits des Marktes, das heißt in zivilgesellschaftlichen Sphären, dienen sollen und so die Zivilgesellschaft an den Rand drängen könnten.

### **bb. Gründe für Unternehmensengagement**

Der nächste Knackpunkt ist die Begründung unternehmerischen Engagements. Im Bericht wird – trotz aller Kategorisierungen – kaum trennscharf und überzeugend dargestellt, dass Unternehmensengagement etwas anderes als Marketing und Public Relations ist und sein sollte. Dies rührt daher, dass aus meiner Sicht das Engagement von Unternehmen immer noch primär darauf gerichtet ist, bekannter und beliebter zu werden. Die Renditeorientierung greift so in die Engagementsphäre über. Ein tiefgründiges Problembewusstsein im Bezug auf das gesellschaftliche Umfeld existiert bei Unternehmen selten und ist leider oft nur vorgeschobenes Mittel zum Zweck. Nach außen wird dies dann selbstverständlich anders präsentiert.

Engagement dient Unternehmen häufig als Scharnier, um über den „Türöffner Zivilgesellschaft“ wirtschaftliche, gewinnorientierte Zwecke zu verfolgen – und zwar zuvorderst eigennützig. Von einer Gemeinwohl-Ökonomie sind wir weit entfernt. Wünschenswert wäre, wenn der Bericht best-practice-Beispiele aufzeigen würde, bei denen eine auf gemeinnützige Ziele fixierte Partnerschaft Zivilgesellschaft–Unternehmen lösungsorientiert, solidarisch und auf Augenhöhe abgelaufen ist.

Nicht auf Augenhöhe präsentieren sich hingegen Unternehmen, wenn Engagement als „Marketingstrategie 2.0“ gesehen wird. Als eine Strategie, die zu mehr Anerkennung führen soll, indem man vorgibt, sich für „die Gesellschaft“ zu engagieren. Unternehmen sollten auch nicht nur auf politische Ereignisse reagieren, beispielsweise auf externen „Druck“, der dazu führen kann, durch Engagement die eigene Fassade aufhübschen zu wollen – zum Beispiel nachdem im Unternehmensumfeld ein Umweltskandal bekannt geworden ist, Stichwort „Greenwashing“. Engagement darf alles in allem nicht zur Reinemach-Methode werden. Und falls doch einmal, muss dies entlarvt und öffentlich gemacht werden.

Daneben gibt es zum Glück einige Unternehmen, die sich vergleichsweise selbstlos engagieren und ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen. Im lokalen Kontext ist dies gewiss noch stärker und unmittelbarer anzutreffen. Dort arbeiten Vereine, einzelne Engagierte und Kleinunternehmen eng zusammen und wollen zum Beispiel ihr Dorf gemeinsam verschönern.

Hat ein Unternehmen durch sein Engagement an Vertrauen und Reputation gewonnen und damit sein Image aufpoliert, wird es bekannter und beliebter. Dann steigt beispielsweise die Nachfrage nach seinen Produkten. Es wird daraufhin höhere Preise verlangen können. „Leidtragende“ sind schlussendlich die Bürgerinnen und Bürger, ist die Gemeinschaft. Das Unternehmen engagiert sich in der oder für die Gemeinschaft, am Ende muss diese jedoch gerade dafür einen „Preis“ zahlen. Dadurch kann sich für die Zivilgesellschaft unter Umständen bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen nicht „lohnen“. An diesem Punkt hätte der Bericht auch ansetzen sollen.

#### cc. Zeitsouveränität für Beschäftigte zugunsten des Engagements

Ein weiterer schwieriger Punkt wird im Bericht gestreift: Die Bundesregierung appelliert an die Unternehmen, flexiblere Arbeitszeiten und somit mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zugunsten des Engagements zu schaffen. Aber was ist mit Erwerbslosen, die in der bisweilen zeitaufwendigen Hartz-IV-Mühle gefangen sind? Hier geht es doch erst einmal um Zugangsvoraussetzungen zu Engagement. Und wie soll dieser Appell in kleinen und mittleren Unternehmen durchgängig umgesetzt werden?

Es stellt ferner ein Problem dar, wenn eine mögliche Umsetzung letzten Endes wieder diejenigen bevorteilen wird, die tendenziell höher qualifiziert sind und die sich schon bislang häufiger bürgerschaftlich engagieren. Der Fokus ist zu eng, wenn Engagement genau dort gestärkt werden soll, wo es ohnehin schon recht weit verbreitet ist – bei allen Widerständen im Kleinen, mit denen auch die „erfahrenen“ Engagierten zu kämpfen haben. Zudem darf sich Unternehmensengagement nicht auf Personalfreistellungen beschränken. Aber auch nicht auf (finanzielle) Marketingmaßnahmen. Was sagen denn die Statistiken dazu?

Fast zwei Drittel aller deutschen Unternehmen (64 Prozent) engagieren sich bürgerschaftlich. Die Fragen müssen an dieser Stelle lauten, in welcher Form und warum sie das tun – aber auch: Warum engagieren sich nicht noch mehr Unternehmen? Mehr als ein Drittel, 36 Prozent, engagieren sich nicht!

Von den ca. 11 Mrd. Euro, die Unternehmen in Deutschland in bürgerschaftliches Engagement investieren, bilden finanzielle Zuwendungen mit ca. 8,5 Mrd. (rund 77 Prozent!) das Gros. Es folgen Sach- und Produktspenden mit 1,5 Mrd. Euro und die Zurverfügungstellung betrieblicher Räume oder Anlagen mit 900 Mio. Euro. Corporate Giving, Bereitstellung von Geldmitteln, ist also dominant. Corporate Volunteering, zu dem die Frei- und Bereitstellung von Beschäftigten gehört, schlägt mit nur 22 Mio. Euro zu Buche.

Demgegenüber sind laut Engagementatlas aus dem Jahr 2009 rund 35 Mrd. Euro als Wert des bürgerschaftlichen Engagements bzw. „Arbeitsleistung“ engagierter Privat-Personen anzugeben (vgl. [http://www.wir-tun-was.de/fileadmin/site\\_downloads/highlights/engagementatlas\\_2009.pdf](http://www.wir-tun-was.de/fileadmin/site_downloads/highlights/engagementatlas_2009.pdf), S.14.).

Fakt ist, dass sich Unternehmen immer noch zu wenig solidarisch in die Gesellschaft einbringen. Die Freistellung von Beschäftigten lohnt sich für Unternehmen weniger als finanzielle Zuwendungen, die entsprechend vermarktbare sind und geringere Folgekosten haben. Vielleicht muss man bezüglich der Freistellungen auf politischem Wege neue Anregungen zu verbindlichen arbeitsrechtlichen Regelungen liefern. Im Status quo bleibt Zeitsouveränität aber zumeist ein frommer Wunsch.

#### dd. Handlungsempfehlungen – für wen?

Werfen wir einen Blick auf die Handlungsempfehlungen des Berichts: Diese sind sehr umfangreich, strotzen aber zu großem Teil vor Selbstverständlichkeiten.

Zudem werden sie kaum an wirtschaftliche Akteure gerichtet. Komisch. Dafür werden sie genutzt, um die „soziale Marktwirtschaft“ – oder besser: was nach herrschender Meinung aktuell darunter verstanden wird – zu festigen, indem unreflektiert klargestellt wird, dass an nichts gerüttelt werden darf (vgl. S. 413, „keine Abweichung“; auf S. 418 heißt es

immerhin, „die Marktwirtschaft“ bedürfe einer „zeitgemäßen Legitimation“, sie stehe aber „nicht zur Disposition“.).

Die Zivilgesellschaft bleibt bei den Empfehlungen fast durchgängig außen vor. Dafür gibt es zahlreiche Empfehlungen an „die Politik“, an die Regierung, wodurch man sich wieder fragen muss, wer Produzent und Hauptakteur bürgerschaftlichen (!) Engagements aus Perspektive der Bundesregierung als Berichtsauftraggeberin ist.

#### ee. Projektförderung versus nachhaltige Infrastruktur

Indem die Bundesregierung eine Reihe einzelner Projekte und Förderungen wie beim Deutschen Engagementpreis oder der Initiative Bürgerstiftungen (eigen)lobt, wird gleichzeitig ein grundlegendes Dilemma der Engagementpolitik der Bundesregierung deutlich:

Sie konzentriert sich auf die Förderung einzelner Projekte, entwirft aber zu keiner Zeit eine umfassende Engagementstrategie, um nachhaltige Infrastruktur aufzubauen. Darüber kann auch nicht eine „Nationale Engagementstrategie“ hinwegtäuschen, weil diese keine Substanz und kein kohärentes Konzept hat. In einer Multiprojektlandschaft, also bei vorrangig zeitlich begrenzter Förderung werden die jeweiligen Strukturen erpressbar, wenn und weil sie am Geldhahn hängen. Sodann können sich „Sachzwänge“ einschleichen, die der Freiwilligkeit und der Freiheit des Engagements die Luft zum Atmen abschnüren.

#### **6. Inhaltliche Schärfungen und alternative Fragestellungen**

Der Engagementbericht hätte mithin an vielen Stellen deutlicher aufzeigen müssen, welche Verantwortungen Unternehmen konkret tragen und welchen Anforderungen sie gerecht werden müssen.

Sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Gesellschaft und dürfen nicht Gegenspieler oder Dominator sein. Es geht hier um verbindliche Verantwortung, um eine verbindliche dienende Funktion. Und es geht gerade nicht um das Erbringen von Pseudo-Engagement„leistungen“ nach eigenem Gusto oder nach Gutsherrenart – doch genau dies wird im Bericht als annehmbarer Standard suggeriert. Hier wären wir wieder beim „Überfordern“.

Bürgerschaftliches Engagement durch Unternehmen wird meiner Meinung nach dann falsch verstanden (und zweckentfremdet!), wenn es das durch Finanz- und Staatsfinanzierungskrise in den Keller gewanderte Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und in das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder aufpolieren soll (vgl. S. 414). Unreflektiert und unkritisch hält der Bericht die „heile Welt“ einer sozialen Marktwirtschaft hoch, ohne sich mit deren eigentlichem Inhalt, mit Verwerfungen, notwendigen Modifikationen etc. und wiederum mit den Folgen der Verwerfungen für den Engagementbereich auseinanderzusetzen. Damit wird Engagement von Unternehmen wieder nur größtenteils Mittel zum Zweck.

Ganz ausgeblendet bleiben leider das Genossenschaftswesen und andere Formen solidarischer Ökonomie. Solidarische Ökonomie scheint den Berichtsverfassern leider fremd zu sein.

Interessant wäre zudem ein Blick über den Tellerrand und somit die grundsätzliche Fragestellung gewesen, welche Regelungen und Einrichtungen, gleich auf welcher Ebene, bürgerschaftliches Engagement einschränken oder gar verhindern. Und in der Folge hätte der Bericht die Erfahrungen, Wünsche und Ziele der Engagierten bündeln und analysieren können, um zu „besserem, effektiverem Engagement“ zu gelangen.

Ausgeblendet bleiben ebenso die finanziellen Spielräume für Engagement: Eine gute finanzielle Aufstellung der Kommunen ist aber auch eine entscheidende Grundlage für bürgerschaftliches Engagement!

Denn da, wo Jugendclubs geschlossen werden und wo es keine Sportvereine mehr gibt, kann sich niemand darin engagieren. Daher müssen die Kommunalfinanzen nachhaltig gestärkt werden.

DIE LINKE fordert unter anderem die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefiskussteuer, die Gewerbesteuerumlage von Städten und Gemeinden an den Bund soll sofort und die an die Länder schrittweise abgeschafft werden. Wir brauchen, auch für die Kommunen, eine umfassende und sozial gerechte Steuerreform sowie eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und weitreichende Mitbestimmungsrechte der Kommunen gegenüber übergeordneten staatlichen Ebenen. Bürger- und Beteiligungshaushalte sollten flächendeckend etabliert werden.

## **7. Bildung und Gute Arbeit als Schlüsselfaktoren**

Eine für mich zentrale Aussage und Handlungsempfehlung des Berichts ist in der Kurzfassung auf Seite 34 zu finden. Dort steht: „Bildung und Erwerbstätigkeit stärken bürgerschaftliches Engagement“ (vgl. auch S. 406).

Folglich sollte man stärker die Grundsteine für Engagement ins Blickfeld rücken und tatsächlich gute wie gebührenfreie Bildung anbieten, denn Bildung ist Menschenrecht und keine Ware. Zugleich ist für Gute und gutbezahlte Arbeit zu sorgen (vgl. zum Konzept „Gute Arbeit“: <http://www.linksfraktion.de/themen/arbeit-gute/>). Um bürgerschaftliches Engagement nicht nur der arbeitenden Bevölkerung weiter zu stärken, ist erwerbslosen Menschen ein niedrigschwelliger Zugang zu ermöglichen. Dies geht am ehesten über eine soziale, sanktionsfreie, teilhabegewährende Mindestsicherung. Engagement ist auch vom Geldbeutel abhängig!

Es ist schon sehr verengt, wenn im Bericht zu lesen ist, dass Mitverantwortung durch bürgerschaftliches Engagement zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe führt. Dies ist doch nur eine Seite der Medaille. Für mich steht fest: Erwerbslose Menschen müssen an der Gesellschaft vollumfänglich teilhaben dürfen, auch wenn sie sich nicht bürgerschaftlich engagieren!

Diese Teilhabe muss eine soziale Mindestsicherung gewähren, für Erwerbstätige ein Mindestlohn, gute Löhne und Gute Arbeit – und erst dann kommt obendrauf als soziales Zuckerli das Engagement. Aber vollkommen freiwillig! Ebenso wenig wie Bildung nur ein Steigbügel sein darf, um über das zielgerichtete Einspannen von Engagierten den Sozialstaat zu entlasten, dürfen Ältere lediglich als „soziale Ressource“ begriffen werden (vgl. S. 407). Damit geht ein nicht zu akzeptierender Nützlichkeits-Rassismus einher. Ältere Menschen werden instrumentalisiert und unverblümt als leibhaftige Lückenbüsser benannt. Am besten so viel ehrenamtliche Arbeit „aufdrücken“, dass gar nicht mehr auffällt, wie niedrig die Rente und wie drohend Altersarmut ist...

Es ist ein eklatanter Widerspruch, wenn in Sonntagsreden gefordert wird, bürgerschaftliches Engagement dürfe keine Mittelstandsveranstaltung bleiben, zugleich aber kontinuierlich verhindert wird, erwerbslosen, sozial benachteiligten (Migranten, Menschen mit Behinderung,...) und älteren Menschen zu mehr Teilhabe zu verhelfen. Denn mehr Teilhabemöglichkeiten bedeutet auch mehr Engagementpotenzial. Papier ist geduldig, aber auf Seite 406 ist zu lesen, dass man individuelle Teilhabemöglichkeiten stärken wolle. Von gebührenfreier Bildung, sanktionsfreier Mindestsicherung, Guter Arbeit und Mindestlohn ist aber nichts zu lesen. Dafür nur von „Ausdifferenzierung der Freiwilligendienste“.

## **8. Skepsis gegenüber einer kritischen Zivilgesellschaft**

Die vergangenen Jahre hinterlassen den Eindruck, dass die Bundesregierung vielmehr sogar versucht, Widerstand von Bürgern gegen staatliches Handeln oder Nichthandeln auszuschalten. Oder ihn bewusst nicht wahrzunehmen. Dabei sollte klar sein: Auch bürgerschaftliches Engagement *gegen* etwas von den Gebietskörperschaften Geplantes ist Engagement und damit gelebte Demokratie. Und dieses Element einer vitalen Demokratie darf man nicht verdrängen und ignorieren.

Daher muss man die These des Berichts, dass zivilgesellschaftliche Kräfte generell misstrauisch gegenüber Unternehmen und deren Engagement sind (vgl. S. 201), ausdifferenzieren. Es erscheint umgekehrt gleichfalls eine riesige Skepsis von Staat und Wirtschaft gegenüber der engagierten, aktiven Zivilgesellschaft zu geben! Noch mehr gegenüber einer kritischen Zivilgesellschaft. Diese Skepsis ist umso größer, desto weiter der Kreis der Engagierten von eigenen Anschauungen entfernt ist oder sogar radikalere Forderungen erhebt.

Für eine solche Skepsis sollte kein Platz sein. Sie ist aber vorhanden, was man auch daran merkt, dass es nach wie vor keine ernsthaften Bestrebungen von Regierungsseite gibt, direktdemokratische Elemente auf Bundesebene einzuführen (vgl. dazu den Gesetzentwurf der Linksfraktion zur dreistufigen Volksgesetzgebung unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701199.pdf>).

Demokratie ist – wie soziale Marktwirtschaft – kein abgeschlossenes Kapitel. Demokratie muss Tag für Tag von Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden. Sie muss aber auch er- und gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen, auf europäischer wie kommunaler Ebene bis hinein in die Unternehmen. Es ist an der Zeit, die Blockade politischer Teilhabe aufzubrechen!

### **9. Folge: Zivilgesellschaft als Randnotiz**

Wie bereits ausgeführt hätte man sich dem Engagement von Unternehmen nicht im ersten Bericht dieser Art annehmen sollen. Dadurch bekommt er aber zusätzlich eine unangenehme Schlagseite: Die Zivilgesellschaft verkommt zur Randnotiz! Unternehmen und Staat sind die dominanten Faktoren und Player. Engagierte Menschen, die eigentlichen Protagonisten, werden als „braves Ameisenvolk“ nach Nützlichkeit eingestuft und fast schon planwirtschaftlich verteilt. Erst recht, wenn man informelle Organisationsstrukturen und soziale Bewegungen unter den Tisch fallen lässt, wie es der Bericht zu einem großen Teil tut.

Gefährlich wird es gar, wenn in einer Art Konkordat Staat und Unternehmen die manchmal eigensinnige und unbequeme Zivilgesellschaft absorbieren wollen. Eine „marktkonforme Demokratie“ aus Unternehmen und Staat als neue Machtphalanx ohne kritisches Volk, ohne Wächter der Demokratie, wäre das Ergebnis. Sorgen Occupy, UmFAIRteilen und Co. in Regierungskreisen doch für so viel Angst und Unbehagen vor Teilen der Zivilgesellschaft?

Eine große Lehre, die der Bundesregierung als Auftrag mit auf den Weg gegeben werden muss, kann man aus dem Bericht ziehen: Die gesamte Breite und Tiefe der Zivilgesellschaft muss ernst(er) genommen und in den Mittelpunkt gerückt werden!

### **10. Mitbestimmung und Mitverantwortung – Engagement ist keine Bürgerpflicht!**

Dem bürgerschaftlichen Engagement werden alles in allem in dem Bericht fast mehr Aufgaben zugeschrieben als dem Staat – zumindest wenn man die Definition von bürgerschaftlichem Engagement auf S. 33 liest. Das führt zu einer Überforderung des Engagementbegriffs und damit der freiwillig aktiven Menschen. Zugleich droht aber, dass der Staat „unterfordert“ wird, indem er immer mehr von seinen Aufgaben in die Engagementsphäre abschiebt.

Ich habe wahrlich keine Probleme mit einem aktiven, intervenierenden (Sozial)Staat. Es wird aber problematisch, wenn die Bundesregierung im Ersten Engagementbericht das Bild vermittelt, dass der Staat ausnahmslos aus solcherlei Fürsorgegründen aktiv ist, um Bürgern den Weg zum Engagement, ins „Engagementleben“ zu ebnen. Das ist ein Irrweg! Denn der Staat hat mehr Aufgaben und darf sich nicht über den Ausfallbürgen „bürgerschaftliches Engagement“ aus seiner Verantwortung für eine breit gefächerte, gute öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur ziehen. Genauso ist es ein Irrweg, dass durch die ständige Betonung der Pflichtkomponente Engagement als Bürgerpflicht dargestellt wird.

Fest steht: Die Bürger werden stets in die Pflicht genommen, sie sind dauer-„mitverantwortlich“. Ihre Rechte werden aber nicht auf besondere Weise betont oder gar ausgebaut. Mitverantwortung und Pflicht ja, Mitbestimmung und mehr Rechte nein. Die Bürger sollen den Gürtel immer enger schnallen, dürfen sich jedoch noch nicht einmal das Material des Gürtels selbstbestimmt aussuchen.

Die „Pflichten“ gründen sich dabei wieder auf der scheinbar in Stein gemeißelten Sachzwanglogik: Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft können nicht mehr alles alleine leisten, die Bürger müssen deshalb gerade in Zeiten der Finanzkrise stärker denn je in die Bresche springen. Ob direkt durch ihr Engagement oder indirekt durch Sozialabbau und Leistungskürzungen.

Bürgerinnen und Bürger werden oftmals derart abgestraft, als ob sie die Schuldigen an der Finanzkrise sind. Das ist pervers! Bürgerschaftliches Engagement wird mithin verkürzt auf eine Lückenbüßerfunktion – wohlgemerkt sind dies Lücken, die bewusst nicht geschlossen werden oder mit voller Absicht geschaffen wurden.

DIE LINKE verfolgt einen anderen Ansatz und will jeglichen Sozialabbau verhindern. Ich setze mich dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen so ausgestattet werden, dass sie eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur durchgängig und gut gewährleisten können. Das bürgerschaftliche Engagement ist für mich dabei unverzichtbar und wichtig – aber eben als *soziales Plus*.

### **11. Weckruf für die kritische Zivilgesellschaft**

Der Erste Engagementbericht ist summa summarum blutleer; er enthält keine wirklich neuen, spannenden Anregungen. Leider korrespondiert dies mit der Engagementpolitik dieser Bundesregierung, die ebenso blutleer ist und sich primär auf Freiwilligendienste und steuerliche Erleichterungen beschränkt.

In Wirklichkeit wird peinlich genau darauf geachtet, den Bürgern nicht mehr Rechte zuzugestehen. Soziale Dienstleistungen sollen diese aber en masse unentgeltlich und freiwillig miterbringen. Demokratie- und sozialpolitische Problemstellungen werden im Bericht ignoriert oder bestenfalls oberflächlich, kurz behandelt. Die Bundesregierung favorisiert den Dialog mit Unternehmen als den mit der „Randgruppe Zivilgesellschaft“.

Insofern ist der Bericht auch Weckruf für die kritische Zivilgesellschaft! Und dies ist – ungewollt – eine wichtige Funktion des Ersten Engagementberichts!

Engagierte Menschen sind und dürfen nicht nur Dienstleister für staatliche Aufgaben sein. Sie dürfen auch nicht für alles „mitverantwortlich“ gemacht werden. Dadurch geht der Blick verloren, wofür und wem gegenüber Staat *und* Wirtschaft verantwortlich sind, dass beide verbindliche dienende Funktionen haben. Nämlich gegenüber den Menschen. Ja, die Bürgerinnen und Bürger sind mitverantwortlich, aber nur in dem Maße, wie sie mitbestimmen, mitentscheiden und teilhaben dürfen.

Nur wer mehr entscheiden und gestalten darf, muss auch mehr verantworten! Und ich bin mir sicher, dass unsere Bürgerinnen und Bürger – aber nur in diesem Sinne – gerne deutlich mehr „mitverantworten“ würden.

\* \* \*

**Harald Koch (DIE LINKE), direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt), ist Mitglied im Finanz-, Verteidigungs- sowie im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement und selbst in einigen Vereinen und Verbänden bürgerschaftlich engagiert.**